

# „Ein Streichholz genügt – und alles steht in Flammen“

Veröffentlicht am 10.02.2017 von welt.de

Im Kosovo, in Bosnien und in Serbien wird erneut Kriegsgefahr an die Wand gemalt. Selbst in Brüssel wird von einer Pfanne mit heißem Öl gesprochen. Ein eisernes Tabu-Thema soll die Probleme nun lösen.

Der frühere kroatische Staatschef Josip Josipovic sagt es ebenso wie der serbische Präsident in Bosnien, Mladen Ivanic. Die Beziehungen der jugoslawischen Nachfolgestaaten auf dem Balkan sind so schlecht wie seit über zwei Jahrzehnten nicht.

In den letzten Wochen führen viele Politiker wieder die Kriegsgefahr im Munde.

Serbiens Staatsoberhaupt Tomislav Nikolic will im Falle eines Falles selbst an der Spitze der Armee ins Kosovo einmarschieren, weil dort die Albaner angeblich Krieg gegen die serbische Minderheit planen.

Und weil überall in diesen südosteuropäischen Staaten die nationalen Minderheiten unzufrieden sind, machen wieder Gedankenspiele über Grenzänderungen die Runde. Elektrisiert hat alle ein Artikel in der US-Fachzeitschrift „[Foreign Affairs](#)“ Ende des vergangenen Jahres.

Der frühere britische Diplomat *Timothy Less* erklärt darin die Politik Washingtons und der EU zur Aussöhnung und Aufrechterhaltung von multiethnischen Staaten für gescheitert.

Auch *EU-Kommissar Johannes Hahn*, der in Brüssel für die Erweiterung der Union zuständig ist, betonte in einem Interview mit der „[Zeit](#)“ die Instabilität des Westbalkans:

- *„Ich vergleiche das mit einer Pfanne voller Öl. Es reicht ein Streichholz - und alles steht in Flammen.“*

Less kam zu dem Schluss, dass nur Grenzänderungen sonst unausweichliche neue bewaffnete Konflikte verhindern könnten, und bekam dafür Schützenhilfe vom einstigen französischen Geheimdienstler *Pierre-Henri Bunel*.

## Weitreichende Vorschläge für Gebietsaustausch

Dieser bezeichnete die Probleme in der Region als „*typisches Beispiel eingefrorener Konflikte*“.

Im Belgrader Magazin „[Nedeljnik](#)“ kam der frühere Balkanexperte der CIA, *Steven Meyer*, zu Wort. Er schlug einen Gebietsaustausch vor, um das bisher für [unbeherrschbar gehaltene Kosovo-Problem](#) zu lösen.

Der Norden mit seiner lokalen serbischen Mehrheit solle sich der Republik Serbien an-



Kosovo-Albaner protestieren in Pristina für die Anerkennung ihrer Grenzen mit Montenegro  
Quelle: AFP/Getty Images



Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik: Johannes Hahn - Quelle: pa/dpa/EPA

schließen, die serbische Minderheit im übrigen Kosovo solle mit UN-Hilfe umziehen dürfen. Im Gegenzug müsse Serbien die Unabhängigkeit seiner früheren Provinz anerkennen.

In diesem Fall will der [Albanerführer in Südserbien, Jonuz Musliju](#), die Region um Presevo und Bujanovac, wo seine Landsleute regional die Mehrheit bilden, an das benachbarte Kosovo anschließen.

Diese Gedankenspiele beflügeln auch Politiker in der Republik Albanien. Der früher langjährige Regierungschef Sali Berisha verlangte im Parlament in Tirana dann die Vereinigung Kosovos mit der „Mutterrepublik“ Albanien.

Während der Gebietstausch rund ums Kosovo theoretisch machbar erscheint, sind die Probleme in Bosnien-Herzegowina deutlich komplizierter. Hier streben die Serben in ihrer heute schon fast selbstständigen Landeshälfte seit Jahren nach einer Trennung vom Gesamtstaat, in dem die muslimischen Bosniaken die knappe Mehrheit besitzen.

Die katholischen Kroaten, mit etwa 15 Prozent die kleinste Bevölkerungsgruppe, sind schon heute mehr mit dem jüngsten EU-Mitglied Kroatien als mit der bosnischen Hauptstadt Sarajevo verbunden.

Es gibt nur wenige Stimmen wie den früheren serbischen Reformpolitiker [Zarko Korac](#), die vor neuer Grenzziehung warnen.

Angesichts der sozialen Misere und der massenhaften Auswanderung der jungen und gut ausgebildeten Leute formulierte er [in der jüngsten Ausgabe des Nachrichtenmagazins „NIN“ diesen Appell](#): „*Willst du Krieg führen (für ein Großserbien) und sterben oder die bestehenden Grenzen akzeptieren und dafür kämpfen, dass Serbien doch irgendwann einmal ein Ort für das Leben wird?*“

Auch Hahn sagte in der „Zeit“, dass es im ureigensten Interesse der EU sei, keine Instabilität und Unruhe in der Region zu haben. Das würde den Migrationsdruck nur noch weiter erhöhen.



Der Fluss Ibar trennt die Albaner im Süden von den verfeindeten Serben im Norden  
Quelle: dpa/EPA



Quelle: Infografik Die Welt/ZGB grafik

[<< Lesen Sie auch: Dieser Zug löst beinahe einen neuen Krieg am Balkan aus >>](#)